

Eine Politik für jedes Kind, eine Politik mit Zukunft

Empfehlungen von UNICEF Deutschland zur Bundestagswahl 2025

Deutschland steht im Jahr der Bundestagswahl 2025 vor großen Herausforderungen. In einer von Unsicherheit geprägten ökonomischen und geopolitischen Situation sind weit reichende Entscheidungen über Investitionen in Bildung, wirtschaftliche Transformation, die Infrastruktur und die Sicherheit des Landes zu treffen.

Deutschland ist darüber hinaus eine zentrale Stütze und wichtiger Akteur für internationale Sicherheit und Stabilität, für wirkungsvolle humanitäre Hilfe und Krisenprävention sowie für nachhaltige Entwicklung und multilaterale Zusammenarbeit. Angesichts der fortdauernden globalen krisenhaften Entwicklung und schleppender Fortschritte auf dem Weg zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) kommt Deutschland auch in den kommenden vier Jahren eine Führungsrolle in Europa und weltweit zu.

Aus Sicht von UNICEF Deutschland haben der 21. Deutsche Bundestag und eine neue Bundesregierung die Verantwortung und zugleich die Chance, stärker in das Wohlergehen und die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu investieren und damit auch die Zukunftsfähigkeit von Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft zu fördern. Investitionen in Kinder sind die sicherste Investition in die Zukunft.

UNICEF setzt sich in 190 Ländern für Kinder ein und unterstützt vorrangig in den ärmsten Regionen der Welt mit konkreten Entwicklungsprogrammen und humanitärer Hilfe vor Ort. In Deutschland sind rund 7.000 ehrenamtliche Erwachsene und Jugendliche für UNICEF aktiv. Mit Initiativen für mehr Kinderfreundlichkeit in den Kommunen und an Schulen sowie mit seiner politischen Arbeit trägt UNICEF Deutschland auch hierzulande bei zu einem besseren Verständnis der Rechte und der Belange von Kindern. Aus diesem Engagement und dieser Expertise heraus empfiehlt UNICEF Deutschland zur Bundestagswahl 2025, den folgenden sechs Punkten für Kinder in der politischen Agenda Vorrang zu geben:

Krisenreaktion für Kinder stärken – heute und für die Krise von morgen

Das Leben von Kindern in humanitären Krisen wie beispielsweise in bewaffneten Konflikten zu schützen, ist eine internationale Kernaufgabe für Deutschland. Das Engagement Deutschlands der vergangenen Jahre für sowohl rasche als auch wirkungsvolle Hilfe in Nahost, der Ukraine oder im Sudan und der Sahelzone wird weiter und sicher mehr denn je gebraucht. Deutschland hat im Rahmen der europäischen und weltweiten Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle, um humanitäre Hilfe, die auf völkerrechtlichen Prinzipien basiert, gemeinsam mit Partnern wie UNICEF und vielen weiteren zu unterstützen und zu verbessern. Darauf zählen 460 Millionen Kinder, die in Krisenregionen leben – jedes sechste Kind weltweit.

Konkrete Empfehlungen:

- Nutzen der zentralen internationalen Rolle Deutschlands, um Kinder in Kriegen besser zu schützen, schwere Kinderrechtsverletzungen wie sexualisierte Gewalt oder Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser zu stoppen und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts weltweit wieder

zu einem Grundprinzip zu machen. Stärkung einer schnellen, flexiblen und vorausschauenden humanitären Hilfe für Kinder und Familien und Festlegung eines kontinuierlichen Mindestsatzes für die humanitäre Hilfe, damit sie konstant dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird.

- Stärkere Verzahnung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung, um bereits in der Krisenreaktion den Weg für langfristige Stabilität zu ebnen und neue Krisen zu vermeiden.
- Erhöhung von Investitionen in die Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz), die Krisenbewältigung und den Wiederaufbau nach Krisen, um langfristig stabile Strukturen in Ländern aufzubauen, in denen diese besonders in Gefahr sind. Gezielte Investition in soziale Sicherungssysteme sowie in Bildung für Kinder, Gesundheitsvorsorge und Ernährungssysteme sind in fragilen Kontexten besonders nachhaltig und wirkungsvoll.

Durch internationale Zusammenarbeit Perspektiven und Stabilität schaffen

Trotz aller globaler Herausforderungen und Krisen gibt es gute Nachrichten für die internationale Zusammenarbeit: Wirkungsvolle Lösungen, die Kinder gezielt stärken und in die Gestaltung nachhaltiger Entwicklung einbeziehen, sind bereits erprobt. Effizient, zielgerichtet und nachhaltig gestaltet, kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu Krisenfestigkeit und langfristiger Stabilität weltweit beitragen – und so auch eine Hebelwirkung für Deutschland entfalten, für Sicherheit in Europa, für die deutsche Wirtschaft sowie für Fortschritte im Klimaschutz.

Konkrete Empfehlungen:

- Stärkung von Ansätzen, die über mehrere Sektoren hinweg wirken, in der frühen Kindheit ansetzen und besonders die Kinder erreichen, die am meisten Unterstützung benötigen, wie Mädchen und Kinder, die mit einer Behinderung leben.
- Gezielte Förderung von Beteiligung und Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Entwicklungszusammenarbeit.
- Zusage für 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche internationale Zusammenarbeit (ODA), mindestens 0,2 Prozent für die Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern der Welt.
- Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei zielgerichteten Investitionen und dem Einsatz von Innovationen für nachhaltige Entwicklung sowie bei der Einhaltung von internationalen menschenrechtlichen Standards in Lieferketten.

Lebensgrundlagen von Kindern in der Klimakrise sichern

Erfolgreicher Klimaschutz ist besonders wirksam, wenn er mit denjenigen gestaltet wird, die ihn am dringendsten brauchen: die Kinder und Jugendlichen von heute. Das zeigen viele UNICEF-Programme in bereits besonders von Klimawandel und entsprechend häufigeren Naturkatastrophen betroffenen Ländern. Die von Deutschland unterzeichnete "Declaration on Children, Youth and Climate" ist hierfür eine zentrale Grundlage. Denn die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Gegenwart und Zukunft von Kindern und Jugendlichen dar. Fast eine Milliarde Kinder weltweit sind bereits heute einem extrem hohen Risiko durch die Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt – insbesondere in Regionen, die am wenigsten für die Anpassung gerüstet sind.

Konkrete Empfehlungen:

- Gezielte Ausrichtung von mindestens 20 Prozent der internationalen Klimafinanzierung auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Investition dieser Mittel insbesondere in die Krisen- und Katastrophenprävention für Kinder und mit ihnen und in den Aufbau widerstandsfähiger Infrastrukturen.
- Verstärkter Beitrag Deutschlands dazu, dass Maßnahmen der internationalen Klimapolitik und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nationale und lokale Wirkung für Kinder und Jugendliche

entfalten und betroffene Gesellschaften bei der Umsetzung ihrer nationalen Klimaschutzziele für Kinder und mit Kindern gezielt unterstützt werden.

- Schaffung von zugänglichen und inklusiven Räumen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Klimapolitik, beispielsweise durch die regelmäßige Durchführung von nationalen und internationalen Beratungsforen sowie die Aufnahme der Stimmen und Perspektiven junger Menschen in die Formulierung nationaler Klimastrategien.
- Konsequente Ausrichtung der Transformation zu einem klimaneutralen Wirtschaften an internationalen und nationalen Standards und Verpflichtungen im Bereich der Kinderrechte sowie der unternehmerischen Sorgfaltspflicht, um Kinderrechtsverletzungen zu vermeiden und die Rechte der Kinder und Jugendlichen zu stärken.

Zukunftschancen, Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe fördern

Jedes Kind hat eigene Talente und Fähigkeiten, und jedes Kind hat das Recht auf eine gute Entwicklung und eine freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Deutschland sind jedoch ungleich verteilt, wie der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2023 zuletzt gezeigt hat. Oft verhindern fehlende Sprachkenntnisse, Diskriminierungserfahrungen oder auch materielle Armut in der Familie Bildungserfolge und gesellschaftliche Teilhabe. Wissenschaftliche Erkenntnisse, zuletzt ein Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Auftrag von UNICEF Deutschland, belegen, wie wirkungsvoll gezielte Investitionen für benachteiligte Kinder auch gesamtwirtschaftlich sind.

Konkrete Empfehlungen:

- Einen Bund-Länder-Pakt für Bildung, der umfangreiche Investitionen in den Ausbau und die Qualität der frühkindlichen Bildung sowie in die Grundschulen ermöglicht, dies mit fokussierter Unterstützung für besonders benachteiligte Kinder. Ein vorrangiges Ziel sollte die Reduzierung der hohen Zahl an Kindern ohne formalen Schulabschluss sein.
- Ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Kinderarmut.
- Fortführung des Nationalen Aktionsplans Neue Chancen für Kinder in Deutschland unter Einbindung der Länder und Kommunen sowie von Kindern und Jugendlichen, hinterlegt mit konkreten Investitionen in die Armutsprävention.
- Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen, beispielsweise in Form von Schulungen für Fachkräfte in Kitas, Lehrkräfte und weitere Berufsgruppen sowie mit öffentlichen Kampagnen.

Das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen stärken und schützen

Die international vergleichenden Studien von UNICEF sowie nationale Erhebungen zeigen, dass die mentale Gesundheit und die Lebenszufriedenheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland besonders niedrige Werte aufweisen. Die verstärkte Wahrnehmung von krisenhaften Entwicklungen, aber auch konkrete Erfahrungen körperlicher oder seelischer Gewalt wie beispielsweise durch Mobbing tragen dazu bei, dass ein beträchtlicher Anteil junger Menschen mit psychischen Problemen zu kämpfen hat. Der Schutz von Kindern vor Gewalt muss jederzeit und überall gewährleistet sein, auch im digitalen Raum. Besonders gefährdet sind beispielsweise Kinder, die ohne Eltern aufwachsen, und Kinder, die in Unterkünften für Geflüchtete wohnen.

Konkrete Empfehlungen:

- Gute und in allen Regionen Deutschlands verlässliche Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe und der Stellen für die Prävention und Intervention bei Gewalt.
- Investition in die Prävention mit einem besonderen Schwerpunkt auf die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

- Die Empfehlungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina zur Stärkung der Selbstregulation von Kindern aufgreifen und in konkrete Programme umsetzen.
- Öffentliche Kampagnenarbeit, um die gesellschaftliche Wahrnehmung von mentaler Gesundheit und psychischen Erkrankungen positiv zu verändern.
- Verpflichtende Weiterbildung von Fachkräften zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und Einrichtung bzw. Weiterentwicklung entsprechender Unterstützungsstrukturen in den Kommunen, beispielsweise anknüpfend an die Frühen Hilfen sowie die Initiative Kinderfreundliche Kommunen.
- Kontinuierliche Fortentwicklung der Bundeszentrale für Kinder- und Medienschutz, Förderung der Netzwerke für die Verbesserung des Kinderschutzes im digitalen Raum, Identifizierung und Schließen von gesetzlichen Schutzlücken im Kontext Internet.
- Verkürzung der Aufenthaltsdauer von Kindern in Flüchtlingsunterkünften und Durchsetzung verbindlicher Schutzstandards, solange diese Einrichtungen fortbestehen.

Robuste Strukturen und Institutionen für die Rechte von Kindern absichern

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind in Deutschland seit der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention deutlich bekannter und kontinuierlich gestärkt worden. UNICEF setzt sich dafür bundespolitisch, mit seinen Inlandsprogrammen und mit Tausenden Engagierten in den deutschen Städten und Gemeinden seit vielen Jahren erfolgreich ein. Um Rückschritte zu vermeiden und die grundlegenden Rechte von Kindern – insbesondere die Beteiligungsrechte – abzusichern, empfiehlt UNICEF Deutschland für die kommende Legislaturperiode:

Konkrete Empfehlungen:

- Gesetzliche Absicherung der in der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) verbrieften Rechte von Kindern, vorzugsweise im Grundgesetz.
- Einrichtung der Funktion einer oder eines Beauftragten für die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen auf Bundesebene zur Koordinierung der Ressorts und als bundesweite Anlaufstelle.
- Erstellung einer Kinderrechtsstrategie für die Bundes-, Landes- und Kommunalebene und Einrichtung eines ressortübergreifenden Arbeitskreises zur abgestimmten Umsetzung der UN-KRK.
- Bekanntmachung der Kinderrechte über eine mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelte bundesweite Kampagne.

Kontakt:

UNICEF Büro Berlin
 Schumannstr. 18
 10117 Berlin
 Tel. +49-030-2758079-10
 E-Mail: buerob Berlin@unicef.de